

Impressum

Ein globales Finanzsystem im Dienst nachhaltiger Entwicklung

Welchen Einfluss haben europäische und globale Finanzreformen auf Entwicklungsländer?

Herausgeber:

Weltwirtschaft, Ökologie
& Entwicklung – WEED e.V.

Eldenaer Str. 60
D-10247 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 - 21 63

Fax: +49 - (0)30 - 27 59 - 69 28

weed@weed-online.org

www.weed-online.org

Layout: WARENFORM

kommunizieren & gestalten

Druck: Pegasus Druck und
Verlag/ Druckerei Bunter Hund

Copyright © 2011 WEED

ISBN: 978-3-937383-77

Eine Gemeinschaftspublikation**von:**

Association Internationale de
Techniciens, Experts et Chercheurs
(AITEC)

Centre for Research on Multinational
Corporations (SOMO)

Glopolis

New economics foundation (nef)

Védegylet

Weltwirtschaft, Ökologie &
Entwicklung (WEED)

Foto:

Lars Plougman/Flickr (S. 16)

Karikaturen:

Joachim Träger (S. 19)

Klaus Stuttmann (S.21)



 **FORDFOUNDATION**
*Working with Visionaries on the
Frontlines of Social Change Worldwide*

Diese Broschüre wurde mit Mitteln der Europäischen Union und der Ford Foundation gefördert. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und können in keiner Weise der Europäischen Union und der Ford Foundation zugerechnet werden.

Alle Teile dieser Publikation können unter Angabe des Herausgebers für Bildungszwecke sowie nichtkommerzielle Nutzung vervielfältigt und verbreitet werden. Alle anderen Rechte bleiben vorbehalten. WEED freut sich über die Zusendung von Texten, in denen diese Publikation verwendet oder zitiert wird.

Inhalt

Zusammenfassung	4
1. Einführung	5
2. Finanzkrise und Entwicklungsländer	6
2.1 Kapitalflüsse.....	6
2.2 Finanzialisierung der Rohstoffmärkte	7
2.3 Übertragung auf die Realwirtschaft:	
Handel und Rücküberweisungen	7
2.4 Soziale und wirtschaftliche Folgen der Krise	8
3. Finanzreformen der EU	10
3.1 Reform des Bankensektors	10
3.2 Ratingagenturen	12
3.3 Regulierung von Investmentfonds.....	13
3.4 Derivatehandel, Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulation	14
3.5 Die neue Aufsichtsstruktur.....	17
3.6 Handels- und Investitionsabkommen	18
3.7 Steuerparadiese	19
3.8 Die Finanztransaktionssteuer	20
3.9 Währungen.....	21
3.10 Kapitalverkehrskontrollen	23
3.11 Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte	24
4. Schlussfolgerung:	
Ein globales Finanzsystem im Dienst nachhaltiger Entwicklung	25
Allgemeine Quellen und weiterführende Literatur	26

4

Zusammenfassung

Noch immer wird über die Reform des globalen Finanzsystems diskutiert. Die Europäische Union (EU) hat einige Reformen bereits umgesetzt, doch bleiben diese häufig halbherzig und bieten daher keinen angemessenen Schutz vor künftigen Turbulenzen. Dennoch müssen Europas Finanzreformen letztlich den Weg zu einer nachhaltigen globalen Wirtschaftsentwicklung ebnen. Darüber hinaus berühren die Reformen nicht nur die EU, sondern haben auch deutliche Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Folglich sollte die EU den folgenden Zielen Priorität einräumen:

- Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und des Vorsichtsprinzips in allen Reformen
- Vollständige Transparenz sämtlicher Finanzmärkte, Finanzmarkt-Teilnehmer und -Betreiber der EU
- Umfassende Regulierung aller Finanzmarktakteure und Bekämpfung von Schattenbanken
- Reduktion des Verschuldungsgrads („deleveraging“) im Finanzsystem, besonders bei Banken
- Einführung von Beschränkungen für Spekulanten und spekulative Finanzinstrumente, insbesondere in den Rohstoffmärkten
- Überwachung europäischer Banken, die in Entwicklungsländern tätig sind
- Zulassung kluger Kapitalverkehrskontrollen in Freihandels- und Investitionsabkommen
- Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, Verstärkung der progressiven Vermögensbesteuerung
- Förderung innovativer Entwicklungsfinanzierung durch eine Finanztransaktionssteuer
- Verstärkte internationale Zusammenarbeit bei Wechselkursen, Handelsungleichgewichten und Kapitalflüssen
- Mehr Einfluss für die Entwicklungsländer im internationalen Entscheidungsfindungsprozess und bei der Aufsicht.

Die jüngste Finanzkrise hat wahrhaft globale Ausmaße. Sie wird dauerhafte Folgen für das Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Verschuldung haben und die Volkswirtschaften rund um den Globus über lange Zeit belasten. Ihren Ausgangspunkt hatte die Krise zwar in den Industriestaaten, doch ihre negativen Konsequenzen waren in den Entwicklungsländern schmerzlich zu spüren. So führte der Rückgang von Krediten, Auslandsinvestitionen und Hilfszahlungen in Kombination mit schwächeren Exporten zu wachsender Armut, Arbeitslosigkeit und Verschuldung.

Die Krise ist eine Folge des weltweiten Aufstiegs des Neoliberalismus. Der unerschütterliche Glaube an die Effizienz und Selbstregulierung von Märkten und Banken mündete in exzessiver Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung. Heute haben die Finanzmärkte eine dominante Position erobert und traditionelle Wirtschaftstätigkeit wie die klassische Produktion von Gütern und Dienstleistungen ist langsam an den Rand gedrängt worden. Dieses System produziert Ungleichheit, Unsicherheit und die Machtkonzentration in den Händen Weniger. Kurzfristige Spekulation und exzessive Risikoübernahme werden belohnt – trotz ihrer negativen Folgen für die Gesamtwirtschaft. Darüber hinaus ist die aktuelle Krise kein isoliertes Ereignis, wie die Asienkrise von 1997 verdeutlicht. Trotz alledem können Finanzmärkte Entwicklung befördern, solange ihnen vernünftige Grenzen gesetzt werden. Es ist schlicht der ungezügelt Kapitalismus, gegen den man angehen muss.

Viele Länder unternehmen nun Schritte, um das System zu restrukturieren

und die Stabilität wieder herzustellen. Welche Reformmaßnahmen geeignet sind, darüber wird noch debattiert. Die Europäische Union (EU) hat einige Reformen bereits umgesetzt, doch bleiben diese häufig halbherzig und bieten daher keinen angemessenen Schutz vor künftigen Turbulenzen. Zudem fehlen viele wichtige Reformen oder sind bislang lediglich in der Konzeptionsphase. So wird die EU nach eigenen Planungen vor 2011 keine Einigung in so wichtigen Bereichen wie der Derivate-Regulierung erzielen, obwohl dieses Schlüsselthema schon lange auf der Tagesordnung steht. Obwohl also viele der umgesetzten EU-Reformen vielversprechend sind, bleibt noch viel zu tun. Das übergreifende Ziel muss in einem globalen Finanzsystem bestehen, das der nachhaltigen Entwicklung dient – in Industrie- wie in Entwicklungsländern.

Diese Broschüre ist Teil des EU-finanzierten Projekts „Ein globales Finanzsystem im Dienst nachhaltiger Entwicklung“ („Towards a Global Finance System at the Service of Sustainable Development“). Zunächst soll ein Blick auf den Einfluss der Krise auf die Entwicklungsländer geworfen werden. Es folgt ein Überblick über verschiedene Gesetzesvorhaben, die die EU seit Beginn der Krise vorgelegt hat. Einige dieser Gesetze haben negative Konsequenzen. In diesen Fällen werden Alternativen vorgeschlagen und diskutiert. Eines wird dabei deutlich: Ohne eine grundlegende und umfassende Finanzreform wird die Geschichte sich wiederholen. Es liegt in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das Finanzsystem eine nachhaltige Entwicklung unterstützt und nicht behindert.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden Entwicklungsländer häufig zu Opfern von Finanzkrisen. Solche Krisen können direkte Folgen für ganze Generationen haben. Zu Beginn der jüngsten Krise glaubten einige Ökonomen, die aufstrebenden Länder könnten unbeschadet aus den Turbulenzen her-

vorgehen, denn bei ihnen war der spekulative Finanzkapitalismus nicht so dominant und ihre Wachstumszahlen waren zunächst robust. Doch diese Entkopplung erwies sich als Illusion, und als Kreditflüsse und Handel versiegt, folgten die Entwicklungsländer dem Rest der Welt in den Abschwung.

2.1 Kapitalflüsse

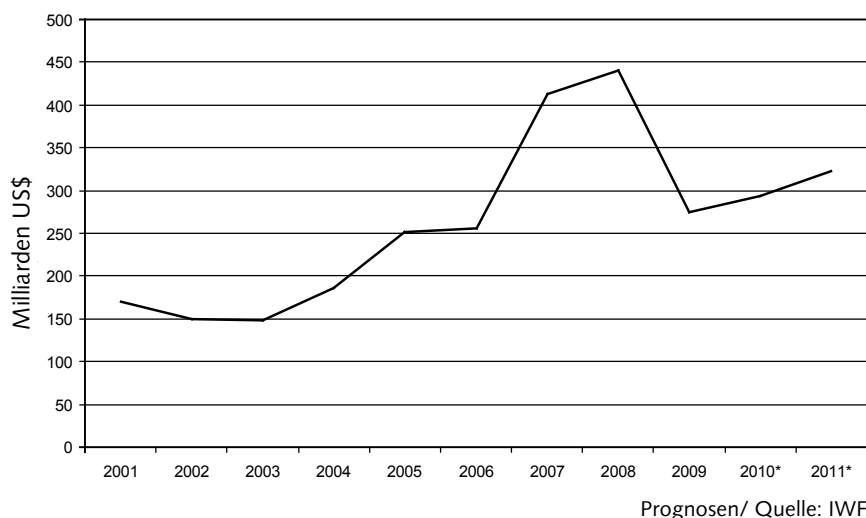
In den Jahren vor der Krise kam es zu einem Anschwellen der Kapitalflüsse in die Industriestaaten und besonders in die Entwicklungsländer. Doch das Jahr 2008 brachte hier eine Wende und den ersten Rückgang dieser Investitionen seit 1997. Den größten Anteil an den Kapitalabflüssen hatten Portfolioinvestitionen. Mit Portfolioinvestitionen erwerben Anleger Vermögenswerte (wie Aktien, Anleihen, Derivate), ein langfristiges aktives Engagement ist nicht beabsichtigt. Im Gegensatz dazu übernimmt der Geldgeber bei ausländischen Direktinvestitionen eine aktive Rolle im Zielland und führt dort häufig neue Technologien und neues Know-

how ein. Dennoch kommt es auch hier zu unvorteilhaften Begleiteffekten wie Steuervergünstigungen und -befreiungen für ausländische Investoren.

Portfolioinvestoren halten ihre Vermögenswerte üblicherweise nur kurze Zeit. Darüber hinaus neigen sie zu Herdenverhalten. Das heißt: Kauf- und Verkaufsentscheidungen richten sich weniger nach den ökonomischen Fundamentaldaten, sondern nach den Entscheidungen der anderen Investoren. So kann ein kollektiver Kaufrausch entstehen, der zu Spekulationsblasen führt, die schließlich platzen, woraufhin die Herde umdreht und in einem kollektiven Verkaufrausch den Markt in den Abgrund treibt. In beiden Fällen basieren die Investitionsentscheidungen auf Emotionen und nicht auf einer strengen Finanzanalyse. Portfolioinvestitionen sind daher sehr schwankungsanfällig und unterstützen nicht ein stabiles ökonomisches Wachstum. Ihre Rolle in der Entwicklungsfinanzierung sollte daher in Frage gestellt und Kapitalverkehrskontrollen sollten erwogen werden.

Glücklicherweise war der Einfluss der Finanzkrise auf die offizielle Entwicklungshilfe bislang schwächer als zunächst erwartet. Viele Geberländer haben Kürzungen vermieden, dennoch ging die Gesamtsumme der Zahlungen deutlich zurück. Dieser Trend könnte sich fortsetzen: Da viele Industriestaaten mit Sparprogrammen gegen ihre hohen Haushaltsdefizite vorgehen, könn-

Abb. 1: Ausländische Direktinvestitionen in Schwellen- und Industrieländer



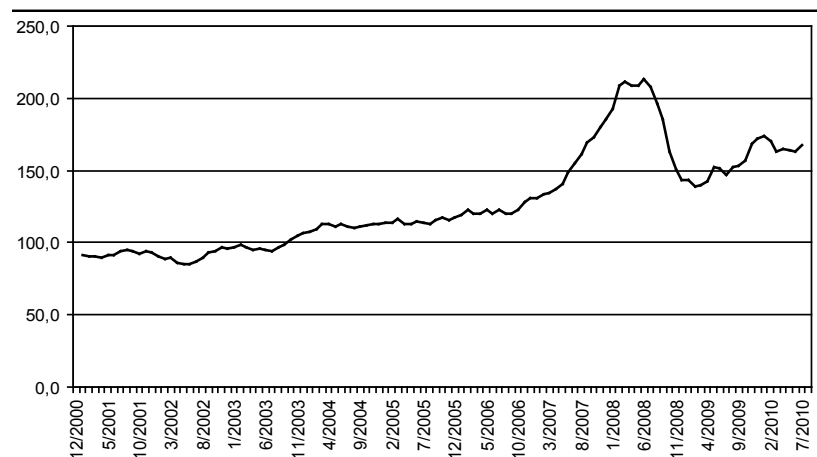
ten viele sich zu Kürzungen des Entwicklungshilfeeats entschließen, um die nationalen Folgen der Sparprogramme zu lindern.

2.2 Finanzialisierung der Rohstoffmärkte

Eine weitere Folge des Neoliberalismus war der starke Anstieg der Nahrungsmittelpreise zwischen 2006 und 2008. Dies ist ein alarmierender Beleg dafür, wie moderne Finanzmärkte das Leben von Millionen Menschen in den Entwicklungsländern gefährden können. Ende 2007 kam es zu einer dramatischen Verteuerung von Nahrungsmitteln in der ganzen Welt (s. Abb. 2). Allein auf Grund dieses Anstiegs fielen nach UN-Angaben zwischen 109 Millionen und 126 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze von 1 US\$ pro Tag. Zunächst wurde eine Reihe von Gründen für die Verteuerung genannt: zum Beispiel die zunehmende Nachfrage in den Schwellenländern oder die vermehrte Produktion von Biotreibstoffen. Doch der Kollaps der Preise ab Juli 2008 zeigte: Die genannten Ursachen konnten die Preisbewegungen nicht vollständig erklären. Hier waren also andere Kräfte am Werk, insbesondere die Zunahme der Spekulation an den Rohstoffterminkmärkten. In den Jahren vor der Krise waren Banken und so genannte Indexfonds in diesen Markt eingestiegen. So wuchs allein 2007 der Handel mit Agrarrohstoff-Futures und anderen Derivaten um 32%. Auch 2010/11 kam es abermals zu einer drastischen

Verteuerung von Agrarrohstoffen, der Nahrungsmittelpreis-Index der UN-Ernährungsorganisation FAO überstieg bereits im Dezember 2010 sein Niveau von 2008 und erreichte im Januar 2011 ein Rekordhoch. Zwar wird im Finanzsektor noch darüber diskutiert, welchen Einfluss die Spekulation tatsächlich auf die Rohstoffpreise hat. Nichtsdestoweniger erkannte die Weltbank in einem neueren Arbeitspapier die Verbindung von Spekulation und Nahrungsmittelpreisen an.

Abb. 2: FAO-Nahrungsmittelpreis-Index



Quelle: Food and Agricultural Organisation

2.3 Übertragung auf die Realwirtschaft: Handel und Rücküberweisungen

Der starke Anstieg des globalen Handels spielte in den vergangenen Jahren eine Schlüsselrolle für die Entwicklung und die Reduktion von Armut. 2009 jedoch ging der globale Handel um fast 13% zurück. Dieser Einbruch war der schärfste seit den dreißiger Jahren und machte sich in allen Entwicklungsländern schmerzlich bemerkbar. Eine zusätzliche Gefahr für die Erholung der weltweiten Exporte sind die Handelsungleichgewichte zwischen Staaten (siehe 3.11) sowie da-

raus folgende mögliche protektionistische Maßnahmen.

Eine ähnliche Rolle spielten die Überweisungen von MigrantInnen in ihre Heimatländer. In den Jahren vor der Krise nahmen diese Überweisungen dramatisch zu: von 83 Milliarden US\$ im Jahr 2000 auf 338 Milliarden US\$ im Jahr 2008. Für viele Entwicklungsländer repräsentierten diese Einnahmen einen substanziellen Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Doch Lohndruck und zunehmende Arbeitslosigkeit in den In-

dustriestaaten haben diese Zahlungsströme stark vermindert. Nach einem Bericht der Weltbank schrumpften sie 2009 um schätzungsweise 6%.

2.4 Soziale und wirtschaftliche Folgen der Krise

Durch die Krise wurde die in den vergangenen zehn Jahren erreichte gesellschaftliche Entwicklung unterbrochen, häufig kam es sogar zu Rückschritten. Als Konsequenz sind die Millennium-Entwicklungsziele der UN nun unerreichbar geworden. In Folge der Krise sind laut Weltbank und UN zwischen 55 und 114 Millionen Menschen un-

ter die Armutsgrenze (Einkommen von weniger als 1,25 US\$ pro Tag) gefallen. Eine ähnliche Entwicklung gab es bei jenen, die weniger als 2 US\$ am Tag verdienen (s. Abb. 3). Doch auch diese alarmierenden Zahlen geben nur ein unvollständiges Bild von den Leiden und der Ungerechtigkeit, die die Armen erleben müssen.



Die Krise könnte auch die Fortschritte der Entwicklungsländer bei der Reduktion ihrer Schuldenlast zunichte machen. Sinkende Steuereinnahmen, höhere Sozialausgaben (wo es sie gibt), die Unterstützung des Finanzsektors

und Konjunkturprogramme zwangen die Länder zwischen 2008 und 2009 zu einer verstärkten Kreditaufnahme (s. Abb. 4), obwohl sie häufig bereits hohe Haushaltsdefizite aufwiesen.

Abb. 3: Anzahl der Menschen mit einem Einkommen von unter 2 US\$ pro Tag

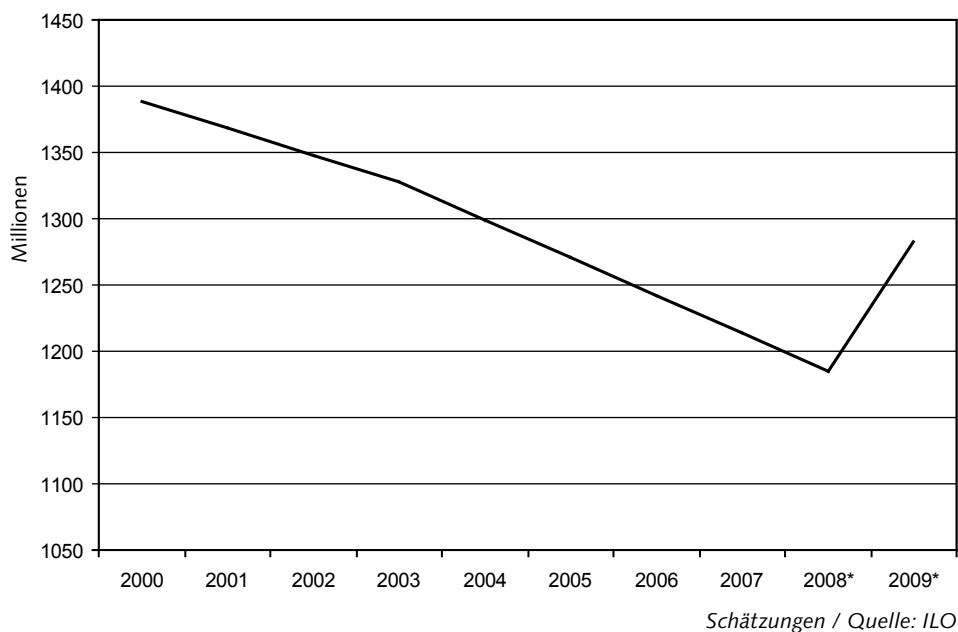
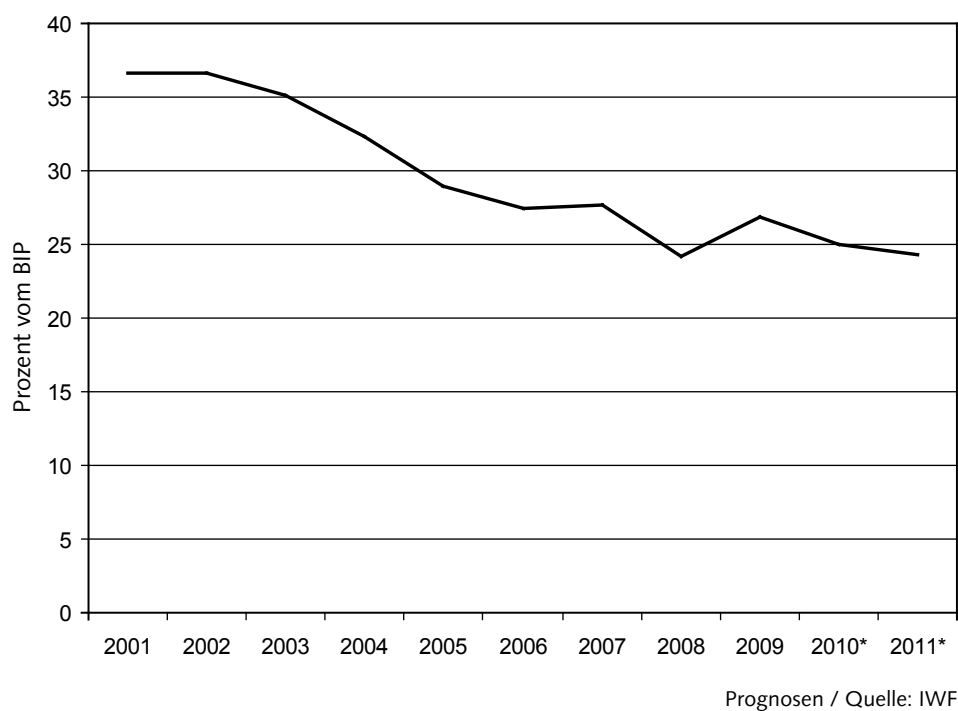


Abb. 4: Auslandsschulden der Schwellen- und Entwicklungsländer



Weiterführende Literatur:

International Monetary Fund (2010): World Economic Outlook April 2010. Rebalancing Growth. Washington.
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/01/pdf/text.pdf>

Wahl, Peter / Christoph Ernst (2010): Nur ein Kollateralschaden? – Die Finanzkrise und die Entwicklungsländer. WEED, Berlin.
<http://www.weed-online.org/publikationen/3636581.html>

3. Finanzreformen der EU

Die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen des Finanzsektors wird von allen Staaten und allen PolitikerInnen anerkannt. Dennoch ist es der einflussreichen Finanzlobby gelungen diese Entwicklung zu bremsen. Infolgedessen sind viele Maßnahmen bestenfalls halbherzig und unvollständig geblieben. Während die USA im Juli 2010 ein recht anspruchsvolles Reformprogramm auf den Weg brachten, agierte die EU eher zaghaft. In Europa geht es nur in Trippelschritten voran. Viele wichtige regulatorische Maßnahmen wie die strengere Kontrolle des Derivatehandels werden bislang lediglich diskutiert.

Wie zu erwarten war, konzentrieren sich die europäischen Reformen auf die EU selbst, anstatt auf die Folgen der Reformen für die Entwicklungsländer.

Dieser Ansatz jedoch greift zu kurz angesichts der Vernetzung der Weltwirtschaft, angesichts der Bedeutung der EU für die globale Finanzstabilität, angesichts der verschiedensten Aktivitäten europäischer Unternehmen, Banken und Investmentfonds in Entwicklungsländern und angesichts der Bedeutung, die von der EU beschlossene oder beeinflusste Regeln auf die Setzung globaler Standards haben.

Dieser Abschnitt untersucht die wichtigsten Reformvorschläge und -diskussionen hinsichtlich ihres Einflusses auf die Finanzstabilität und auf die nachhaltige Entwicklung. Geprüft wird also, ob sie in den Entwicklungsländern einen höheren Lebensstandard und weltweit eine ökologisch nachhaltige Entwicklung fördern.

Weiterführende Literatur:

Wahl, Peter (2010): Fighting Fire with Buckets. A Guide to EU Regulation of Finance.
<http://www.weed-online.org/publikationen/publikationen/4148887.html>

3.1 Reform des Bankensektors

Kapital und Finanzdienstleistungen werden noch immer vor allem von Banken bereitgestellt. Banken standen im Zentrum der Krise, und ihre Reform ist das wichtigste Projekt von allen. Benötigt wird ein nachhaltiges Modell, das sicherstellt, dass Banken der Realwirtschaft dienen.

Gut durchdachte Eigenkapitalvorschriften sind ein Schlüsselement für einen stabilen Bankensektor. Diese Vorschriften begrenzen die Kredite, die eine Bank gewähren kann, und zwingen sie zur Schaffung von Kapitalreserven für den Fall von Verlusten durch Zahlungsausfälle. Die Vorschriften können sich auf einzelne Aktivitäten der Bank beziehen – z.B. auf Kredite – oder auf das gesamte Engagement der Bank – z.B. auf das Ver-

hältnis des gesamten Kreditvolumens zur Kapitalbasis. Diese Regeln können einheitlich angewandt werden oder sie können die Unterschiedlichkeit verschiedener Geschäftsmodelle und Transaktionen berücksichtigen – also klassische Kreditvergabe anders bewerten als zum Beispiel das Geschäft mit Derivaten oder verbrieften Wertpapieren. Da die geforderten Reserven Kapital binden und dieses nicht mehr verliehen oder investiert werden kann, wehrt sich die Bankenlobby prinzipiell gegen schärfere Eigenkapitalvorschriften. In der zurückliegenden Phase der ‚weichen‘ Regulierung gelang es den Banken, die Behörden zu geringeren Eigenkapitalanforderungen zu bewegen. Dies war eine der wichtigsten Ursachen für die jüngste Finanzkrise.

Die internationalen Eigenkapitalstandards setzt der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, ein internationales Aufsichtsgremium. Der aktuell geltende Regulierungsrahmen wird daher ‚Basel II‘ genannt. Die EU setzte die Basler Vorschriften 2008 in Form der Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD) um. Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 wurden jedoch die schwerwiegenden Mängel der Kapitalvorschriften deutlich. Die Basler Regeln werden derzeit überarbeitet und die EU prüft ihre CRD. Eine Änderung aus dem Jahr 2009 beinhaltet die Begrenzung von Verbriefungen (dabei werden Kredite und andere nicht-handelbare Vermögenswerte zu Wertpapieren zusammengefasst und anschließend verkauft), die Minderung des Risikos von Interbankenkrediten und die Aufsicht über alle grenzüberschreitend tätigen Banken mit Hauptsitz in der EU. Die Einigung vom Juli 2010 beinhaltet die höhere Kapitalunterlegung für Wieder-Verbriefungen (bei denen bereits verbriefte Papiere abermals neu kombiniert und verkauft werden), den Handel in allen Anlageklassen, eine erhöhte Transparenz, verbesserte Risikobewertungsprozesse und strengere Regeln zur Vergütung der Banker. Parallel zum EU-Reformprozess verläuft die umfassende Reform von Basel II, deren Ergebnis die so genannten Basel-III-Regeln sein werden. Basel III wird neue Standards für Quantität und Qualität der Kapital- und Liquiditätsreserven setzen. Des Weiteren geht es um den Aufbau antizyklischer Kapitalpuffer, um den Verschuldungsgrad (‚leverage ratio‘) und um den Umgang mit systemrelevanten Finanzinstitutionen. Nach der Einigung auf internationaler Ebene wird die EU diese Reformen in Europa umsetzen. Die Frage ist nun: Schmälerst die kommende Erhöhung der Kapitalunterlegung die Verfügbarkeit von Krediten und Finanzdienstleistungen für (ärmer) KundInnen in jenen Entwicklungsländern, in denen EU-Banken vertreten sind (s. Tabelle 1)? Viele Banken haben davor gewarnt. Analog könnten inländische Banken in Entwicklungsländern Mühe haben, liquide zu bleiben, wenn

sie dazu gezwungen sind, mehr Kapital zur Seite zu legen.

Tabelle 1: Anzahl von Tochtergesellschaften/Zweigstellen von EU-Banken in Entwicklungsländern

Bank	Anzahl von Töchtern/Zweigstellen in Entwicklungsländern
HSBC (UK)	38
BNP Paribas (F)	35
Credit Agricole (F)	33
Barclays (UK)	25
Deutsche Bank (Germ)	20
Unicredit (It)	18
ING (NL)	17
RBS (UK)	17
Santander (SP)	9
ABN Amro (NL)	7

Quellen: SOMO auf Basis der Jahresberichte und Internet-Seiten der Banken
Stand: März 2010

Entscheidend für die Verhinderung von leichtsinnigen und unnachhaltigen Finanzgeschäften der Banken ist eine Reform der Risikobewertungen, die vor der Krise gänzlich unangemessen waren. Die CRD und Basel II schreiben den Banken vor, wie sie ihre Risiken zu bewerten haben. Von Bedeutung ist dies nicht nur für den allgemeinen Geschäftserfolg der Bank. Darüber hinaus hängt von dieser Risikobewertung ab, wie viel Kapitalreserven ein Finanzinstitut vorhalten muss. Basel II erlaubte den Banken, die Risiken mittels ihrer eigenen Bewertungs- und Ratingmodelle festzustellen – dies war der so genannte ‚internal ratings-based approach‘. Daher konnte es nicht überraschen, dass die Banken ihre Risiken kleinrechneten, wodurch ihre Kapitalreserven auf ein Minimum schrumpfen konnten und ihnen gleichzeitig ein Maximum an Mitteln für Kreditvergabe und Investments zur Verfügung stand. Demgegenüber hingen Banken aus Entwicklungsländern von externen Ratings ab, was sie im Durchschnitt zu größeren Kapitalpuffern zwang.

Dies verschaffte den EU-Banken einen Wettbewerbsvorteil, da sie Kredite billiger anbieten konnten. Die Prozesse zur Risikobewertung müssen daher überarbeitet und standardisiert werden. Darüber hinaus müssen die Reformen die Banken dazu zwingen, Nachhaltigkeitskriterien in ihre Risikobewertungen einzubeziehen.

Ein weiteres drängendes Problem ist die finanzielle Exklusion – also der Ausschluss von Finanzdienstleistungen. Das aktuelle Finanzsystem diskrimi-

niert häufig die armen und benachteiligten Menschen, sowohl in Entwicklungsländern wie auch in der EU. So wird vielen EU-BürgerInnen zum Beispiel die Eröffnung eines Kontos verwehrt, da Banken vor allem an Sparkonten und der Vergabe von Hypothekenkrediten verdienen, die arme Menschen voraussichtlich niemals benötigen werden. Folglich ist es unerlässlich, dass die Reformen in Europa allen Menschen einen Zugang zu grundlegenden Finanzdienstleistungen eröffnen.

Weiterführende Literatur:

Gormley, Todd A. (2007): Banking Competition in Developing Countries: Does Foreign Bank Entry Improve Credit Access?
<http://fic.wharton.upenn.edu/fic/india/11gormley.pdf>

BankTrack (2010): Submission to the Basel Committee on "Strengthening the resilience of the banking sector" / "International framework for liquidity risk measurement, standards and monitoring".
http://www.banktrack.org/download/submission_to_the_basel_committee/100415_submission_to_the_basel_committee.pdf

BankTrack (2010): Close the Gap. Benchmarking credit policies of international banks.
http://www.banktrack.org/download/close_the_gap/close_the_gap.pdf

3.2 Ratingagenturen

Ratingagenturen sind Unternehmen, die die Kreditwürdigkeit von Banken, Investoren und Staaten bewerten sowie das Risiko, dass es bei Wertpapieren zu Zahlungsausfällen kommt. Der Rating-Markt ist hoch konzentriert: Zwei große Agenturen (Moody's und Standard & Poor's) und eine kleinere (Fitch) kontrollieren etwa 90% des Weltmarkts. Die Macht dieser drei Agenturen wird dadurch gestärkt, dass regulatorische Rah-

menwerke wie Basel II die Verwendung ihrer Ratings vorschreiben (s. Abschnitt 3.1) und Banken häufig auf die Bewertungen angewiesen sind.

Die Asienkrise von 1997 wie auch die aktuelle Krise zeigen jedoch, dass die Ratingagenturen nicht in der Lage sind, die Kreditwürdigkeit von Finanzprodukten und -institutionen angemessen zu beurteilen. Auch ihre Bewertungen von Staaten wurden von Regierungen heftig kritisiert: Häufig erhielten Länder zunächst sehr gute Bonitätsnoten. Als dann die Krise ausbrach, stuften die Agenturen die betreffenden Staaten eilig herab, was die Krise verschärfte. Diese schnellen Revisionen lassen darauf schließen, dass bereits die anfänglichen Ratings unbedacht vergeben wurden und daher unangemessen waren. Opfer dieser Herabstufungen war in jüngster Zeit Griechenland: Die verschlechterten Bonitätsnoten beeinträchtigten stark die Fähigkeit des Landes, sich durch die Ausgabe von Anleihen zu finanzieren.



„PIGS“ steht für Portugal, Italien, Griechenland und Spanien

Vor der Krise regulierte die EU Ratingagenturen gar nicht, und die jetzige Reform der Regulierung ist noch nicht abgeschlossen. Seit September 2010 müssen Ratingagenturen sich registrieren lassen, sie müssen Interessenkonflikte untersuchen und ihnen werden Transparenz- und Sorgfaltspflichten auferlegt. Zusätzliche Reformvorhaben beziehen sich auf die europaweite Aufsicht und sollen die Offenlegung der Ratings gegenüber anderen Agenturen regeln, um eine höhere Transparenz zu gewährleisten.

Ratingagenturen haben einen enormen Einfluss auf Entwicklungsländer, da ihre Ratings die Finanzierungskosten sowohl von Regierungen wie auch von Unternehmen dort bestimmen. Häufig können sich kleinere Unternehmen die Ratinggebühren nicht leisten und erhalten daher keine Bewertung. Damit

fehlt ihnen der Zugang zu Fremdkapital zu tragbaren Konditionen – sei es über Bankkredite oder über die Ausgabe von Anleihen und Aktien.

Ein zentrales Problem ist die geringe Anzahl von etablierten Ratingagenturen, was zu einer unterdurchschnittlichen Wettbewerbsintensität führt. Die EU-Kommission hat darüber zwar ihre Sorge ausgedrückt, hat aber bislang noch keine Lösungsvorschläge vorgelegt. Auch das Problem der Interessenkonflikte innerhalb der Agenturen behandeln die vorliegenden EU-Vorschläge bislang noch unzureichend. Zudem ist bei der Bewertung von Ausfallrisiken derzeit keine brauchbare Alternative abzusehen. Völlig ungeklärt ist darüber hinaus, wie Ratingagenturen künftig die sozialen und ökologischen Risiken der von ihnen bewerteten Unternehmen und Finanzprodukte in ihren Ratings berücksichtigen können.

Weiterführende Literatur:

Elkhoury, Marwan (2008): Credit Rating Agencies and Their Potential Impact on Developing Countries. UNCTAD discussion paper.
http://www.unctad.org/en/docs/osgdp20081_en.pdf

Elkhoury, Marwan (2010): Credit Rating Agencies and Their Impact on Developing Countries. Credit Rating Agencies and Their Impact on Sovereign Debt in Developing Countries. Saarbrücken.

3.3 Regulierung von Investmentfonds

Anlagefonds haben einen großen Anteil des globalen Kapitals bei sich konzentriert und spielen daher eine wichtige Rolle auf den modernen Finanzmärkten. Unter ihnen finden sich so genannte „Alternative Investmentfonds“ (AIF). Hierunter fallen Hedge-Fonds, Private-Equity-Gesellschaften, Rohstofffonds, Immobilienfonds, Infrastrukturfonds und andere Formen institutioneller Fonds. Ende 2008 verwalteten diese Fonds ein Vermögen von rund 5 Billionen Euro.

Hedge-Fonds sind die Flaggschiffe des ungezügelter Kapitalismus. Bislang waren sie von Aufsicht und den meisten Investitionsbeschränkungen befreit. Mit ihren Geschäften generieren sie enorme Profite für institutionelle Investoren und wohlhabende Individuen. Um

ein Beispiel für ihren Einfluss zu geben: Im Juli 2010 kaufte ein Hedge-Fonds 7% der globalen Kakaoernte mit dem Ziel, die Kakaopreise nach oben zu treiben. Auch in der jüngsten Krise spielten Hedge-Fonds eine entscheidende Rolle, z.B. beim Zusammenbruch der US-Investmentbank Bear Stearns. Schon lange vor dem jüngsten Crash demonstrierte der Kollaps des Hedge-Fonds LTCM 1998, dass diese Fonds die Stabilität des gesamten Finanzsystems untergraben können. Hedge-Fonds investieren auch in Entwicklungsländern, und sie sind Bestandteil des Geschäfts mit Steuerparadiesen, das jedes Jahr riesige Geldsummen aus den Entwicklungsländern herausschleust.

Private-Equity-Fonds (PE) kaufen Unternehmen mit dem Ziel, sie zu restruk-

turieren und ein paar Jahre später gewinnbringend zu verkaufen. Zwar kann dies eine Form der Unternehmensfinanzierung sein. Dennoch bleiben die Geschäftspraktiken häufig fragwürdig. So finanzieren PE die Unternehmenskäufe oft mit großen Kreditsummen und übertragen diese Schuldenlast anschließend der übernommenen Firma. Zudem führt das kurzfristige Interesse von PE-ManagerInnen bei der Restrukturierung häufig zu Entscheidungen, die nicht im langfristigen Interesse des Unternehmens liegen. So werden langfristige Investitionen vernachlässigt, oder profitable Unternehmensteile werden abgetrennt und separat verkauft („asset stripping“).

2009 legte die EU-Kommission einen Richtlinienentwurf für ManagerInnen von Alternativen Investmentfonds (AIFM) vor, der anschließend intensiv debattiert wurde. Am 11. November 2010 wurde die AIFM-Richtlinie im europäischen Parlament verabschiedet. Nun bedarf es noch der Zustimmung des europäischen Rats. Danach haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die Vorschriften in nationales Recht umzusetzen. Die Hauptelemente der AIFM-Richtlinie sind:

- Verpflichtende Registrierung, und Aufsicht sowie Eingriffsmöglichkeiten bei allen Fonds
- Regulierung gemäß Art und Größe des AIF
- Mögliche Begrenzung der Verschuldung des AIF
- Mehr Transparenz durch Berichterstattungspflichten
- Verwahrung der AIF-Vermögenswerte bei einer EU-Bank
- Vergütungsregeln zur Minderung von Risikoübernahme

Die aktuellen Reformvorschläge der EU zielen darauf, die schädlichsten Spekulationsgeschäfte einzuschränken und in begrenztem Ausmaß auch zu verbieten. Aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung jedoch hätten AIF wesentlich stärker reguliert und eingeschränkt werden müssen. Zumindest hätte man sie denselben Regeln wie Investmentfonds, Banken etc. unterwerfen sollen. Zusätzlich sind strikte Regeln, Transparenz und Aufsicht (s. auch 3.5) nötig, um zu verhindern, dass Investments oder andere Finanzaktivitäten wie auch die Gewinne von Hedge-Fonds nicht gemäß den geltenden Regeln jenes Landes versteuert werden, in dem der Fonds tätig ist.

Weiterführende Literatur:

Griffith-Jones, Stephany with Pietro Calice and Carmen Seekatz

(2007): New Investors in Developing Countries: Opportunities, Risks and Policy Responses, the Case of Hedge Funds.
<http://www.stephanygj.net/papers.html>

Wahl, Peter (2008): Superstars in the Emperor's New Clothes. Hedge Funds and Private Equity Funds: What is at Stake? WEED, Berlin.

http://www2.weed-online.org/uploads/hedge_private_equity_funds.pdf

Singh, Kavaljit (2010): Fixing Global Finance. A Developing Country Perspective on Global Financial Reforms. New Delhi: Madhyam.

<http://www.madhyam.org.in/admin/tender/FGF2510.pdf>

3.4 Derivatehandel, Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulation

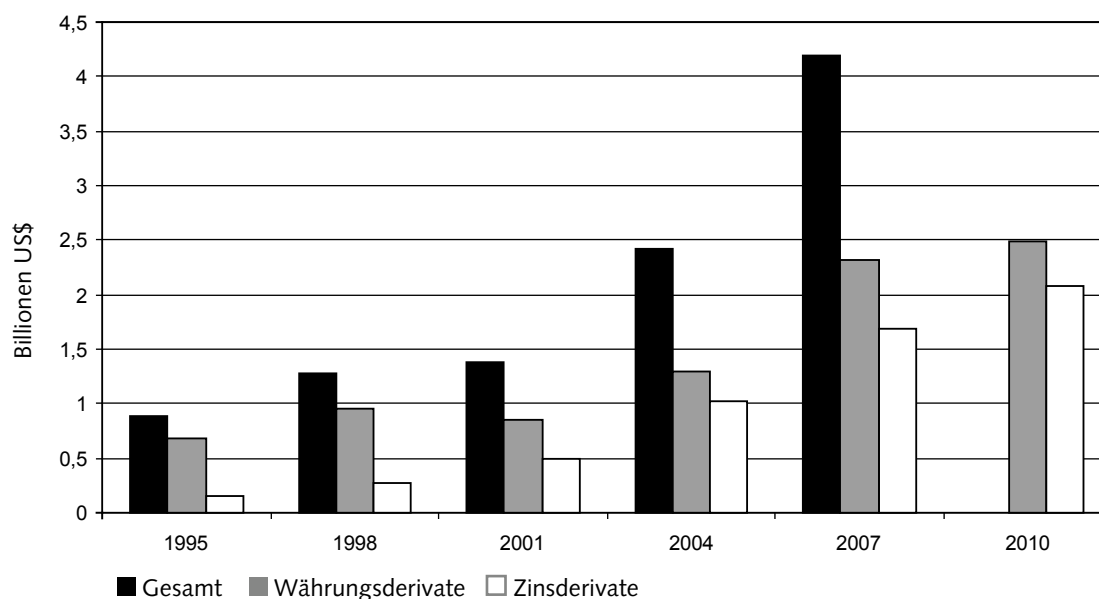
Ein Derivat (lat. f. ‚Abgeleitetes‘) ist ein Finanzinstrument, dessen Wert sich von der erwarteten Entwicklung eines anderen Vermögenswertes – Rohstoffe, Aktien, Währungen – ableitet. Derivate können zur Absicherung von Risiken verwendet werden. Doch da sie auch eine

starke Hebelwirkung („leverage“) haben, eignen sie sich zur Spekulation. So können Anleger mit einem Derivat auf den künftigen Preis eines Produkts wetten, ohne dieses Produkt überhaupt zu besitzen. Finanzderivate wurden in den 1970ern entwickelt, in den 1990er Jah-

ren explodierte ihr Volumen (s. Abb. 5). Den stärksten Anstieg verbuchten die unregulierten und intransparenten ‚over-the-counter‘-(OTC-)Märkte, auf denen Derivate direkt zwischen zwei Vertragsparteien gehandelt werden anstatt öffentlich über geregelte Handelsplätze. Dieser OTC-Boom reduzierte die Transparenz des Marktes drastisch und machte sowohl die allgemeine Regulierung wie auch die Überwa-

chung von systemischen Risiken extrem schwierig. Darüber hinaus werden die meisten OTC-Geschäfte nicht über zentrale Abrechnungsstellen („Clearinghäuser“) abgewickelt. Beim Clearing muss eine Vertragspartei eine Sicherheit („collateral“) hinterlegen, deren Höhe vom aktuellen Marktwert des gehandelten Produkt abhängt. Dies mindert die Gefahr von Verlusten, sollte eine Partei zahlungsunfähig werden.

Abb. 5: OTC-Derivatehandel, tägliches Handelsvolumen weltweit



Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich

Die EU erkennt zunehmend an, dass die Regulierung von Derivaten gestärkt werden muss, um das Finanzsystem zu stabilisieren. So wird derzeit die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Markets in Financial Instruments Directive, MiFID) überarbeitet. Vorgeschlagene Gesetzesänderungen beinhalten den Zwang zur Abwicklung so genannter „standardisierter“ OTC-Kontrakte über Clearingstellen als zentrale Gegenpartei. Im Falle „nicht-standardisierter“ OTC-Kontrakte sollten die Vertragsparteien ein Abkommen zur Hinterlegung von Sicherheiten schließen. Um die Transparenz zu erhöhen, müssten alle Transaktionen in einem Transaktionsregister gemeldet werden.

Für Entwicklungsländer sind Rohstoff-Derivate von besonderer Bedeutung (s. 2.2). Dies ist auch der EU bewusst. Anfang 2010 sagte EU-Binnenmarkt-

missar Michel Barnier: „Die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln ist ein Skandal, wenn gleichzeitig einer Milliarde Menschen auf der Welt der Hungertod droht.“ Die EU-MinisterInnen für wirtschaftliche Zusammenarbeit betonten im Mai 2010 die Notwendigkeit, Mittel gegen die starken Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln zu finden, um die Ernährungssicherheit zu erhöhen. Der Bericht „Derivatives markets: future policy actions“ des EU-Parlaments vom Juli 2010 forderte ein Verbot des rein spekulativen Handels mit Rohstoffen und Agrarprodukten. Im August drängten drei französische Minister in einem Brief auf eine striktere Regulierung der Rohstoffmärkte.

Trotz alledem ist die EU bislang zu zaghaft vorgegangen. Die vorgeschlagenen Reformen werden den Derivatehandel

nicht deutlich reduzieren; exzessive Spekulation verhindern sie eben so wenig wie den undurchsichtigen OTC-Handel. Folglich bleiben Entwicklungsländer Spekulationsattacken, der Instabilität des Systems und starken Marktschwankungen ausgesetzt. Benötigt wird daher eine Regulierung, die Positionslimits (eine Höchstzahl von gehaltenen Futures-Kontrakten), eine Art Notbremse zur Unterbrechung des Börsenhandels („circuit breaker“) und möglicherweise das expli-

zite Verbot der Spekulation in bestimmten Märkten vorsieht. In den Märkten für Rohstoffderivate sollte Banken und Fonds jede Spekulation untersagt werden, die zu steigenden Preisen führt. Zudem ist hier eine eigene Aufsichtsbehörde vonnöten. Vom Standpunkt einer nachhaltigen Entwicklung aus gesehen ist es schließlich besorgniserregend, dass dem Derivatehandel auf Basis von CO₂-Emissionserlaubnissen keine gesteigerte Aufmerksamkeit geschenkt wird.



Handel von Rohstoff-Futures an der Warenterminbörse in Chicago.

Weiterführende Literatur:

SOMO (2010): Financing Food. Financialisation and Financial Actors in Agriculture Commodity Markets.

http://somo.nl/publications-en/Publication_3471

World Development Movement (2010): The great hunger lottery. How banking speculation causes food crises.

http://www.wdm.org.uk/sites/default/files/hunger%20lottery%20report_6.10.pdf

De Schutter, Olivier, UN Special Rapporteur for the Right to Food (2010): Food Commodity Speculation and Food Price Crises. Regulation to Reduce the Risks of Price Volatility.

http://www.srfood.org/images/stories/pdf/otherdocuments/20102309_briefing_note_02_en_ok.pdf

3.5 Die neue Aufsichtsstruktur

Finanzaufsicht beinhaltet die Beaufsichtigung von Finanzmärkten, Finanzinstitutionen wie Banken oder Versicherungen sowie von Finanzprodukten wie Derivaten. Die Finanzaufsicht in Europa ist von besonderer Bedeutung, da europäische Finanzinstitute Tochtergesellschaften und Zweigstellen in der ganzen Welt haben, auch in Entwicklungsländern (s. 3.1). Die jüngste Krise hat gezeigt, dass die alte Aufsichtsstruktur ungenügend war.

Nach einer intensiven Debatte zwischen den EU-Mitgliedstaaten hat das Europaparlament im September 2010 die Schaffung neuer EU-Aufsichtsbehörden beschlossen. In dem neuen Europäischen Finanzaufsichtssystem werden drei Behörden zuständig sein:

- Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority, EBA)
- Europäische Börsenaufsichtsbehörde (European Securities and Market Authority, ESMA)
- Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (European Insurance and Occupational Pensions Authority, EIOPA)

Zwar behalten die nationalen Aufsichtsbehörden weiterhin umfangreiche regulative Befugnisse, gleichzeitig aber wird den drei neuen Behörden erhebliche Bedeutung zukommen. Sie dürfen einschreiten, wenn gegen EU-Gesetze verstoßen wird, bei Streitfällen zwischen einzelnen nationalen Behörden und in Notsituationen. Dennoch haben sie nicht die Macht, Maßnahmen zu erzwingen, die Folgen für den Staatshaushalt haben. Ähnlich ist es im Falle des jüngst geschaffenen Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB): Er darf zwar Warnungen aussprechen, kann jedoch nicht selber gegen makro-

ökonomische Risiken wie Aktienspekulationsblasen vorgehen. Prinzipiell fehlt all diesen neuen Behörden das Mandat, sich mit Stabilitätsrisiken außerhalb des Finanzsektors zu beschäftigen. So hat es die EU bislang zum Beispiel versäumt, die Risiken von Bankgeschäften für die Zivilgesellschaft und die Umwelt in ihre Aufsichtsreformen einzubeziehen.

Sowohl die Aufsichtsbehörden der EU wie auch die der einzelnen Mitgliedstaaten vernachlässigen bislang noch immer die direkten Folgen, die eine schwache Finanzaufsicht in Europa auf Entwicklungsländer und deren Aufseher haben. Geht eine europäische Bank bankrott, so hat dies ernste Konsequenzen für das Finanzsystem in allen Staaten, in denen sie tätig ist. Es existieren bislang keine Mechanismen, mit denen Entwicklungsländer für die Folgen eines Bankzusammenbruchs in Europa entschädigt werden können.

Unterhält eine EU-Bank Zweigstellen in einem Entwicklungsland, so unterliegt diese im Prinzip der Aufsicht durch die Behörden in ihrem europäischen Heimatland. Hat eine EU-Bank hingegen eine Tochtergesellschaft in einem Entwicklungsland gegründet, so sind sowohl das Heimatland wie auch das Gastgeberland für die Aufsicht verantwortlich. Es bleibt jedoch abzuwarten, in welchem Ausmaß Entwicklungsländern tatsächlich Einfluss und Einsicht in die Bankgeschäfte gewährt werden. Analog bleiben Bedenken bei der Frage, ob ein Entwicklungsland Einsicht in und Einfluss auf Anlagefonds haben wird, die auf ihrem Markt aktiv sind. Das gleiche gilt für Derivatemärkte, deren Aktivitäten das Entwicklungsland beeinflussen.

Weiterführende Literatur:

Zarrouk, Hajer / Sana Ayachi (2009): Regulatory Environment and Banking Crises: The Case of Developing Countries. *European Journal of Economics, Finance and Administrative Science*, Issue 15.
http://www.eurojournals.com/ejefas_15_02.pdf

Bank for International Settlements (2010): Microfinance Activities and the Core Principles for Effective Banking Supervision.
<http://www.bis.org/publ/bcbs175.pdf>

3.6 Handels- und Investitionsabkommen

Handels- und Investitionsabkommen sind für das Finanzsystem in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Zum einen haben sie Einfluss auf die Kapitalflüsse, zum anderen auf Finanzdienstleistungen. Beide Punkte sind für Entwicklungsländer sehr wichtig. Derartige Abkommen werden sowohl bilateral – also zwischen zwei Vertragsparteien – geschlossen wie auch multilateral, also zwischen vielen Parteien gleichzeitig. In der Welthandelsorganisation (WTO) deckt das Allgemeine Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, GATS) den Bereich Finanzdienstleistungen ab. Das Abkommen liberalisiert den Handel mit Finanzdienstleistungen und -produkten sowie ausländische Investitionen in den Finanzsektor. Ähnliche Liberalisierungen sind durch bilaterale und regionale Freihandelsabkommen (Free Trade Agreements, FTA) möglich.

Wie viele Finanzdienstleistungen ein (Entwicklungs-)Land unter einem solchen Abkommen liberalisiert, hängt ab von den Zugeständnissen („commitments“), zu denen es sich bereit erklärt. Sind diese Zugeständnisse jedoch erst einmal gemacht, so sind die Regierungen durch ein FTA sehr strengen Regeln unterworfen. Denn will ein Land die Zugeständnisse widerrufen, so können die Vertragspartner von ihm eine Ausgleichszahlung verlangen, und zwar in Höhe des erwarteten Verlustes an Profiten, den der Widerruf ihrer Finanzbranche beschert.

Das in Freihandelsabkommen enthaltene Diskriminierungsverbot untersagt es einem Staat, einzelnen Ländern oder Auslandsbanken, bevorzugten Zugang zu seinem Markt zu gewähren – zum Beispiel wenn zu erwarten ist, dass eine bestimmte Auslandsbank an der Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für Arme interessiert ist. Zwar erlauben einige Abkommen sogenannte vorsorgliche Ausnahmen, in denen eine kluge, fallbezogene Regulierung möglich ist. Verboten bleibt jedoch, vor der Zulassung eines Finanzdienstleisters eine „ökonomische Bedarfsprüfung“ durchzuführen. Ebenfalls untersagt ist es,

ausländischen Investoren Grenzen für ihren Anteilsbesitz, für die Größe oder den Wert ihres Engagements zu setzen. Das Diskriminierungsverbot gilt auch dann noch, wenn eine Auslandsbank von ihrer Heimatregierung mit Finanzhilfen gerettet wurde und nun auf dem ausländischen Markt gegen lokale Wettbewerber antritt, die keine solche Unterstützung erhalten haben.

GATS, FTA und andere Investitionsabkommen enthalten zudem das generelle Verbot der Kontrolle oder der Beschränkung des Kapitalverkehrs. Erlaubt sind derartige Beschränkungen lediglich in außergewöhnlichen Umständen, zum Beispiel in einer schweren Krise. Dabei kann es für ein Entwicklungsland entscheidend sein, die Kapitalzu- und -abflüsse zu kontrollieren oder zu begrenzen. Dies zeigen die jüngsten Maßnahmen von Ländern wie Brasilien, Indonesien und Südkorea.

Die EU ihrerseits macht sich für einen leichten Zugang zu den Finanzmärkten der Entwicklungsländer stark. Denn in diesen Märkten winken der EU-Finanzbranche gigantische Profite. In bilateralen und multilateralen Verhandlungen mit Entwicklungsländern dringt die EU daher auf eine Liberalisierung, selbst wenn die internationale oder lokale Finanzaufsicht und Regulierung ungenügend ist. Die jüngsten FTA im Jahr 2010 haben gezeigt, dass die EU hier ihre Strategie nicht geändert hat.

Stattdessen sollte die EU umfassend und transparent die Folgen von Freihandelsabkommen auf Entwicklungsländer untersuchen, bevor sie weiter auf Liberalisierung drängt. Als erstes muss die EU untersuchen, inwieweit die in den Abkommen vorgesehenen „vorsorglichen Ausnahmen“ alle notwendigen Regulierungsmaßnahmen zulassen. Zweitens sollte die EU dafür sorgen, dass der regulatorische Rahmen den Entwicklungsländern ausreichend Spielraum lässt, um ausländische Finanzinvestoren zu regulieren, spekulative Attacken abzuwehren, Finanzkrisen zu begegnen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Weiterführende Literatur:

Vander Stichele, Myriam (2009): 'Free trade' agreements contribute to financial and other crises. SOMO.

http://somo.nl/publications-en/Publication_3014

Vander Stichele, Myriam / Kavaljit Singh (2009): Rethinking Liberalisation of Banking Services under the India-EU Free Trade Agreement. SOMO.

http://somo.nl/publications-en/Publication_3220

Seattle to Brussels Network (2010): EU Investment Agreements in the Lisbon Treaty Era: A Reader.

http://somo.nl/publications-en/Publication_3558

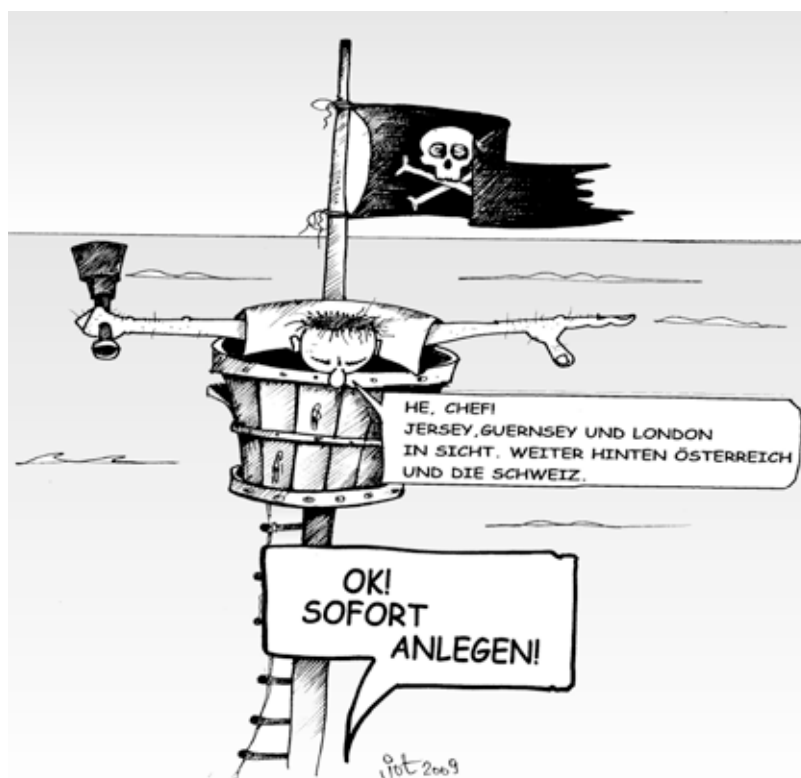
3.7 Steuerparadiese

Steuerparadiese sind Länder oder Rechtssysteme, in denen Investoren, Unternehmen oder Individuen paradiesische Zustände vorfinden: Die Steuern sind niedrig oder inexistent; die Regulierung ist schwach oder fehlt; und Investoren, Unternehmen und Privatpersonen wird umfassende Geheimhaltung garantiert. Die daraus folgende Steuer- und Kapitalflucht aus Entwicklungsländern stellt eine große Gefahr für die Entwicklung dar. Die illegalen Kapitalflüsse aus den Entwicklungsländern betragen schätzungsweise 250 bis 900 Milliarden US\$ pro Jahr und nehmen zu.

Zudem verschärfen Steuerparadiese die Steuersenkungskonkurrenz, durch die Staaten Investoren anlocken wollen. Zusätzlich unter Druck geraten Regierungen durch Unternehmen, die Gesetzeslücken nutzen, um Produktion in Niedrigsteuerebenen zu verlagern. Die Kapitalflucht führt zu einer deutlichen Minderung der Steuereinnahmen und behindert so die Finanzierung öffentlicher Güter.

Die EU hat in jüngster Zeit Maßnahmen gegen Steuer- und Kapitalflucht unternommen. Im April 2010 veröffentlichte die EU-Kommission eine Mitteilung zu „Steuerwesen und Entwicklung“. Darin fordert sie eine erhöhte Transparenz und den gegenseitigen Informationsaustausch, um Steuerflucht in Entwicklungsländern aufzuhalten. Unterstützt wurde diese Mitteilung im Juni 2010 durch die „Schlussfolgerungen zu Steuerwesen und Entwicklung“ des Europäischen Rates. Daneben hat sich das EU-Parlament in zwei

jüngeren Berichten deutlich für eine erhöhte Transparenz ausgesprochen, einschließlich einer länderbezogenen Rechnungslegung. Eine solche würde multinationale Unternehmen dazu zwingen, in ihren Jahresberichten Informationen über ihre finanziellen Operationen in Drittländern offenzulegen. Dies würde



Unternehmen davon abhalten, ihre Gewinne zwischen verschiedenen Ländern zu verschieben, um ihre Steuerzahlungen zu minimieren.

Innerhalb der EU ist die 2005 beschlossene Richtlinie zur Zinsbesteuerung

(EU Savings Tax Directive, ESD) eine wichtige Waffe gegen Steuervermeidung. Sie sieht einen automatischen Informationsaustausch zwischen EU-Ländern vor. Dieser Austausch ist eine notwendige Bedingung für den erfolgreichen Kampf gegen Steuerbetrug. Die aktuell laufende Überprüfung dieses Mechanismus könnte dazu genutzt werden, einen automatischen Informationsaustausch auch mit Entwicklungsländern zu vereinbaren.

Im Juni 2010 verabschiedete der EU-Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (Ecofin) einen Beschluss zur Koordinierung von Steuer-Missbrauchsbestimmungen der EU-Mitgliedstaaten. Er beinhaltet Regeln für beherrschte ausländische Unternehmen. Zudem hat sich die EU offiziell zum Ziel der „Steuer-Regulierung“ bekannt. Dies bedeutet, dass innerhalb

des Ecofin die „Gruppe Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ bestehen bleibt. Ziel dieser Gruppe ist der Kampf gegen Bestimmungen, die zu schädlichem Steuerwettbewerb führen.

Zivilgesellschaftliche Institutionen fordern seit langem unermüdlich die Umsetzung verschiedener Maßnahmen, ohne die der Kampf gegen Steuervermeidung und Kapitalflucht aussichtslos ist. Einige dieser Forderungen spiegeln sich in den genannten Initiativen der EU wider. Nichtsdestoweniger ist der Weg noch lang, und viele Vorschläge müssen erst noch umgesetzt werden. Zudem fehlen noch viele wichtige Regeln auf der Agenda, zum Beispiel die Pflicht zur Veröffentlichung der Eigentumsverhältnisse aller Wirtschaftseinheiten, einschließlich der Anteile von Trusts und Fonds.

Weiterführende Literatur:

Kar, Dev / Devon Cartwright-Smith (2009): Illicit Financial Flows from Developing Countries 2002-2006. GFI, Washington.
<http://www.gfip.org/storage/gfip/economist%20-%20final%20version%201-2-09.pdf>

Palan, Ronen / Richard Murphy / Christian Chavagneux (2010): Tax Havens: How Globalization Really Works. Cornell University Press.

3.8 Die Finanztransaktionssteuer

Eine Finanztransaktionssteuer (FTS) könnte mehrere Probleme auf einmal lösen: die Finanzierung von Entwicklung und die Anpassung an den Klimawandel. Zudem würde sie den Hochfrequenzhandel (hierbei werden Wertpapiere mit Hilfe von Computern in kürzester Zeit gehandelt, was zu hohen Umsätzen führt) von Spekulanten besteuern, womit sowohl dieser Handel wie auch die Marktschwankungen vermindert würden. Die Grundidee hinter der FTS ist die Besteuerung des Handels mit sämtlichen Finanzanlagen, seien es Aktien, Anleihen, Derivate oder Währungen. Ausgenommen wären Zentralbanktransaktionen und grundlegende Privatkundengeschäfte wie Überweisungen. Die Höhe der Steuer läge bei einem sehr geringen Prozentsatz des Handelsvolumens. Damit würde ein dramatisches Absinken der Marktliquidität vermieden. Schätzungen zufolge könn-

te eine FTS ein Steueraufkommen zwischen 200 Milliarden US\$ und 1 Billion US\$ weltweit generieren, in der EU alleine könnten es schätzungsweise 118 bis 178 Milliarden US\$ sein. Dadurch würde die FTS zu einer wichtigen Quelle der Entwicklungsfinanzierung. Eine wachsende Zahl einflussreicher ÖkonomenInnen haben sich für eine solche Steuer ausgesprochen, unter ihnen die Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Paul Krugman.

Die politische Unterstützung für die FTS ist in Europa und darüber hinaus stetig angewachsen. Auf dem EU-Gipfel im Juni 2010 beauftragten die Staats- und Regierungschefs die G20, die „Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer“ zu untersuchen und weiterzuentwickeln. Die EU-Institutionen sind in dieser Frage jedoch gespalten. Das EU-Parlament ist für die Steuer, die EU-Kommission eher dagegen. Im Oktober 2010 veröffentlichte

te die Kommission ein Arbeitspapier, das die FTS aus ökonomischer und politischer Perspektive kritisiert. Dennoch unterstützte das Papier die Einführung einer FTS auf globaler Ebene und fordert eine so genannte Finanzaktivitätssteuer auf Gewinne und Vergütungen von Bankangestellten. Die EU-weite Einführung einer FTS oder einer Bankenabgabe scheiterte beim EU-Finanzministertreffen im September 2010. Die Diskussion auf EU- und G20-Ebene läuft jedoch weiter.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erklärte im Oktober 2010 in einem Arbeitspapier die Einführung einer FTS für technisch machbar. Dies war ein wichtiges Zugeständnis, da viele Gegner der FTS stets mit der Undurchführbarkeit der Steuer argumentieren. Eine aufwändige globale Kooperation wäre zudem überflüssig, wenn die FTS Teil internationaler Verrechnungs- und Buchungsverfahren (Settlement und Clearing) würde. Denn es ist nur eine Handvoll Institutionen, die diese Dienste anbieten. Und Banken könnten es sich nicht leisten, diese Institutionen zu boykottieren, um die FTS zu vermeiden, denn diese Verfahren reduzieren drastisch das Verlustrisiko bei Zahlungsausfällen der Gegenpartei. Die Clearing-Branche für OTC-Produkte stellt ebenfalls ein natürliches Monopol dar, was den Markteintritt neuer Wettbewerber verhindert.

Auf globaler Ebene ist die Welt in der Steuer-Frage in zwei Lager gespalten. So hat sich die kanadische Regierung deutlich gegen die Einführung einer Bankenabgabe oder einer FTS ausgesprochen, da diese die kanadischen Banken bestrafen



würde, die ihrerseits ausreichend reguliert waren und von der Krise verschont blieben. Länder wie Indien ziehen eine bessere Regulierung einer höheren Besteuerung vor. Nichtsdestoweniger würde eine FTS die Märkte nicht destabilisieren und wäre eine sehr progressive Steuer, die nur minimale internationale Kooperation erforderte. Bei der Reform des Finanzsystems hat die EU die Pflicht, dafür zu sorgen, dass das neue System fairer ist.

Weiterführende Literatur:

Schulmeister, Stephan (2009): Eine generelle Finanztransaktionssteuer – Konzept, Begründung, Auswirkungen. WIFO Working Paper Nr. 352.
[http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2009_352\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2009_352$.PDF)

Schulmeister, Stephan (2010): Bank levy versus transactions tax: A critical analysis of the IMF and EC reports on financial sector taxation. Vienna. Leading group on innovative financing for development.
http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/FTT_StS_on_IMF_EC_04_10_.pdf

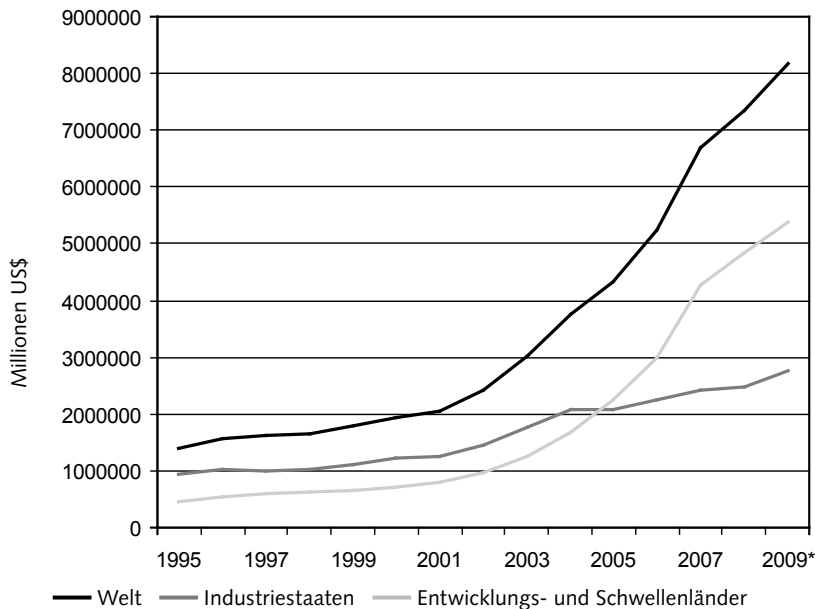
3.9 Währungen

Die Existenz unterschiedlicher Währungen hat starke Konsequenzen für das Verhältnis zwischen den einzelnen Wirtschaftsregionen. Investitionen in Entwicklungsländer werden durch Wechselkursschwankungen unterminiert. Innerhalb des Landes machen

diese Schwankungen die Finanzplanungen unsicher, und ausländische Investoren müssen sich zudem Sorgen machen, dass der Wert ihrer Investments durch Hyperinflation kollabiert. Wechselkurse können durch Intervention von Regierungen fixiert werden oder sich frei

am Markt bilden. Beide Varianten haben ihre Vor- und Nachteile. In einem System fester Wechselkurse spiegelt der Außenwert der Währung unter Umständen nicht mehr die ökonomischen Fundamentaldaten wider. Freie Wechselkur-

Abb. 6. Offizielle Devisenreserven



Quelle: IWF

se hingegen können durch ihre Schwankungen – die durch Spekulation verstärkt werden können – ebenfalls Probleme verursachen. Fest steht: Seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse Anfang der siebziger Jahre haben Währungskrisen zugenommen.

Entwicklungsländer koppeln ihre Währung meist an die stabile Währung eines Industrielandes, zumeist an den US-Dollar, um Inflation zu vermeiden. Dieses System ist jedoch anfällig für spekulative Attacken: Anleger spekulieren aggressiv auf die Abwertung der Währung in der Hoffnung, dass die Regierung zu einer Gegenwehr nicht in der Lage ist und die Währung schließlich tatsächlich offiziell abwertet. Daher haben Entwicklungsländer große Devisenreserven angesammelt. Mit diesen Reserven können sie ihre Währung stützen, sollte sie in Folge spekulativer Angriffe oder aus anderen Gründen unter Abwertungsdruck geraten.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der US-Dollar als Weltleitwährung etabliert. Bis heute werden die meisten Rohstoffe wie Öl in der US-Währung gehandelt. In dieser Hinsicht vereinfacht eine

Leitwährung den internationalen Handel. Gleichzeitig bedeutet es aber auch, dass die Weltwirtschaft vom US-Dollar abhängig ist und dass Probleme der US-Wirtschaft sich schnell auf andere Länder übertragen. Die Vorherrschaft des US-Dollar wurde durch die Gründung des Euro und in jüngster Zeit durch den Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer geschwächt. Das entstehende multipolare Währungssystem reduziert zwar die aus der Dollar-Hegemonie erwachsenen Probleme. Gleichzeitig aber wird das System dadurch komplexer und kann zu Nachteilen für die Realwirtschaft führen, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Da Wechselkurse ein Problem für Handel, Investitionen und Schuldenbedienung darstellen, sind viele Anläufe unternommen worden, diesen Problemen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu begegnen. Einer davon war 1944 der Vorschlag von John Maynard Keynes, eine einheitliche Währung zu schaffen. Auch die Einführung des Euro zielt in dieselbe Richtung. Andere Regionen wie Asien oder Lateinamerika erwägen ebenfalls regionale Währungszusammenschlüsse. Eine nähere Betrachtung verdient auch die Ausweitung der Rolle der Sonderziehungsrechte (SZR) des IWF. Die SZR sind eine Kunstwährung, basierend auf einem Währungskorb. Eine weitere Alternative ist ein koordiniertes System globaler Wechselkurse, z.B. durch die Steuerung der Inflation, wie auch der Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen (s. 3.10).

Eine Integration der Währungsräume wäre natürlich ein lang andauernder Prozess. Das Hauptproblem hierbei liegt in der unterschiedlichen Stärke der einzelnen nationalen Ökonomien. Vereinigen sich eine schwächere und eine stärkere Ökonomie unter derselben Währung, so büßt die schwächere einen Wettbewerbsvorteil ein. Solange diese Unterschiede bestehen, erlaubt es eine eigene nationale Währung einem Defizitland, seine Währung abzuwerten, darüber seine Exporte tendenziell zu verbilligen und einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen. Spiegelbildlich wertet die Währung des Überschusslandes auf. Innerhalb eines gemeinsamen Regulierungs-Rahmens jedoch können unterschiedliche Ökonomien mit der Zeit harmonisiert werden.

Weiterführende Literatur:

UNCTAD (2010): Global monetary chaos: Systemic failures need bold multilateral responses. Policy brief.

http://www.unctad.org/en/docs/presspb20102_en.pdf

Ambrose, Soren / Bhumika Muchhala (2010): The problem of reserves in developing countries.

<http://www.twinside.org.sg/title2/resurgence/2010/234/cover04.htm>

3.10 Kapitalverkehrskontrollen

Innerhalb ökonomischer Zusammenhänge wie der EU stellt die Freiheit des Kapitalverkehrs ein Schlüsselement dar. Insbesondere für Entwicklungsländer kann diese Freiheit jedoch Probleme aufwerfen: Sie werden von Auslandskapital und von den globalen Märkten abhängig und geraten in eine Krise, wenn das Kapital plötzlich wieder abfließt. Daher waren Kapitalverkehrskontrollen seit 1945 üblich. Wie Keynes während des Krieges schrieb, „sollte die Kontrolle der Kapitalbewegungen, sowohl in ein Land hinein wie aus einem Land hinaus, ein dauerhaftes Merkmal des Nachkriegssystems sein“. Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems Anfang der siebziger Jahre allerdings galten Kapitalverkehrskontrollen als protektionistisch, veraltet und als unvereinbar mit einer Marktwirtschaft. Nach der Asienkrise 1997/98 jedoch kam die Frage auf, ob die Liberalisierung der Kapitalbilanzen tatsächlich unter allen wirtschaftlichen Umständen eine vernünftige Politik ist. Malaysia, das den Kapitalverkehr beschränkte, kam besser durch die Krise als Thailand, das dies unterließ. Andere Länder wie China und zum Teil auch Indien hatten ihre Finanzmärkte nicht liberalisiert und waren daher nicht oder nur indirekt von der Asienkrise betroffen.

Kapitalverkehrskontrollen sind eines der besten Instrumente, um sicherzustellen, dass Kapitalflüsse einer nachhaltigen Entwicklung dienen. In einem Arbeitspapier stellte sogar der IWF im Februar 2010 fest: „Kontrollen für bestimmte Formen von Kapitalzuflüssen können eine kluge Regulierung in nützlicher Weise ergänzen, um die Anfälligkeit des Finanzsystems zu begrenzen. Sie können daher Teil des Instrumentenkastens sein.“ Der IWF warnt im Folgenden vor „Verbindlichkeiten, insbesondere in ausländischer Währung, die einen Kreditboom nähren“. Diese Verbind-

lichkeiten, „einschließlich als finanzielle ausländische Direktinvestitionen registrierte Schulden, scheinen die Wirtschaft verletzlich zu machen“ (s.u. Ostry et al.).

Die Beschränkung des Kapitalverkehrs kann auch dazu führen, dass Regierungen und Unternehmen in Entwicklungsländern mehr Kapital zur Verfügung steht – und zwar indem die Summen begrenzt werden, die inländische Investoren im Ausland anlegen dürfen. Am wichtigsten ist jedoch: Kapitalverkehrskontrollen verhindern, dass große Mengen an Kapital einem Land zufließen und zu einem späteren Zeitpunkt plötzlich wieder abfließen. Derartige Prozesse wirken hochgradig destabilisierend und sind einer nachhaltigen Entwicklung nicht förderlich. Viele Länder beschränken daher derzeit den Kapitalverkehr. So erhebt Brasilien zum Beispiel seit Oktober 2009 eine Steuer von 2% auf Kapitalzuflüsse und erhöhte diese Steuer 2010 auf 6%, um Carry Trades mit dem brasilianischen Real abzuwehren. 2010 setzten auch Südkorea und Indonesien Beschränkungen zum Schutz ihrer Währungen ein.

Ziel sollte es nicht sein, alle internationalen Kapitalflüsse zu stoppen. Die Bewegungen müssen schlicht beobachtet und reguliert werden. Die EU sollte Lehren aus den vergangenen Krisen ziehen und ihre dogmatische Ablehnung von Kapitalverkehrskontrollen aufgeben. Derzeit zwingt sie mit Handels- und Investitionsabkommen den Entwicklungsländern die in der EU geltende Kapitalverkehrsfreiheit auf. Diese Freiheit erlaubt nur wenige, vorübergehende Beschränkungen grenzüberschreitender Kapitalflüsse und auch dies nur unter genau festgelegten Bedingungen. Daher sollte Europa aufhören, in den GATS-Verhandlungen und in bilateralen Handels- und Investitionsabkommen auf eine Liberalisierung der

Kapitalbilanzen zu drängen. Einzig die Schwellen- und Entwicklungsländer selber sollten entscheiden können, wie weit sie bei der Liberalisierung gehen.

Weiterführende Informationen

Ostry, Jonathan D. / Atish R. Ghosh / Karl Habermeier / Marcos Chamon / Mahvash S. Qureshi / Dennis Reinhardt (2010): Capital Inflows: The Role of Controls. IMF staff paper. Washington. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/spn/2010/spn1004.pdf>

Singh, Kavaljit (2010): Fixing Global Finance. A Developing Country Perspective on Global Financial Reforms. New Delhi: Madhyam. <http://www.madhyam.org.in/admin/tender/FGF2510.pdf>

3.11 Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte

Globale Ungleichgewichte werden häufig als eine der Ursachen für die jüngste Finanzkrise genannt. Eine bestimmte Form des Ungleichgewichts steht hierbei im Fokus: Außenhandelsungleichgewichte, also die Tatsache, dass einige Länder mehr exportieren als sie importieren und umgekehrt. Besteht ein solches Ungleichgewicht über lange Zeit, so folgen daraus hohe Leistungsbilanzüberschüsse auf der einen Seite und hohe Defizite auf der anderen.

Ein Land mit einem dauerhaften Defizit akkumuliert Schulden, ein Überschussland hingegen wird zum Gläubiger der Defizitländer. Ein Blick auf die Statistik zeigt: Die größten Überschussländer sind China, Deutschland und Japan, das größte Defizitland sind die USA. Die Vereinigten Staaten finanzierten ihr Defizit durch die Ausgabe von US-Staatsanleihen. Größter Käufer dieser Anleihen war wiederum China. Im Jahr 2009 hatte die Volksrepublik die größten jemals akkumulierten Reserven angesammelt: ca. 3 Milliarden US-Dollar. Die Ungleichgewichte können also Auswirkungen auf andere wichtige ökonomische Parameter haben: auf Wechselkurse, Währungsreserven, Zinsen, Arbeitsmärkte und – am Ende – auf die gesamte Ökonomie.

Die Erzielung von Außenhandelsüberschüssen kann für ein Entwicklungsland attraktiv sein, da es auf diese Weise gegenüber den Industrieländern aufholt. Dies zeigt das Beispiel China, wo niedrige Löh-

ne und eine hohe Sparquote als komparative Vorteile dienen, um die Entwicklung voranzutreiben. Nichtsdestoweniger können Überschüsse – wie auch Defizite – zum Problem werden, wenn sie von Dauer sind. Häufig ist ein Überschuss ein Zeichen ökonomischer Stärke. Für diese Stärke jedoch zahlt der/die DurchschnittsbürgerIn den Preis in Form von stagnierendem oder gar sinkendem Lohnniveau. Oder, wie das Beispiel China zeigt, der riesige Überschuss ist schlicht das Spiegelbild eines riesigen Defizits (der USA).

Das Problem der Ungleichgewichte muss auf globaler Ebene angegangen werden, insbesondere in der G20. Nötig sind Mechanismen, die diese nicht-nachhaltige Konstellation beenden. Möglich ist dies lediglich durch Maßnahmen auf den Feldern Handel und Finanzen, einschließlich Kapitalverkehrskontrollen und Wechselkurssteuerung. Die wichtigsten Akteure sind hier natürlich die USA und China, nicht die EU. Dennoch kann Europa hier aktiv werden, zum Beispiel indem es die Ungleichgewichte innerhalb der EU angeht. Auf internationaler Ebene haben die USA vorgeschlagen, die Höhe von Leistungsbilanzsalden auf einen bestimmten Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen. Derartige Vorschläge sollten auch in Europa erwogen werden.

Weiterführende Literatur:

Flassbeck, Heiner / Massimiliano La Marca (2009): Global imbalances and destabilizing currency speculation. Journal of Business, Finance and Economics in Emerging Economies, Vol 4, No 1. <http://vi.unctad.org/uwist08/sessions/tue0513/flassbeckglobimb.pdf>

UNCTAD (2010): Trade and Development Report 2010. Geneva.

4. Schlussfolgerung: Ein globales Finanzsystem im Dienst nachhaltiger Entwicklung

Diese Broschüre hat die wichtigsten Folgen der EU-Finanzreformen für die nachhaltige Entwicklung umrissen. Aktuell verpflichten die Reformen den Finanzsektor nicht ausreichend zu einem Beitrag zum Übergang von einem ungleichen, sozial und ökologisch zerstörerischen System hin zu einem neuen Finanzmodell, das Fairness und Nachhaltigkeit fördert.

Zusammenfassend sollte die EU die folgenden Reformziele anstreben:

- Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und des Vorsichtsprinzips in allen Reformen
- Vollständige Transparenz sämtlicher Finanzmärkte, Finanzmarkt-Teilnehmer und -Betreiber der EU
- Umfassende Regulierung aller Finanzmarktakteure und Unterbindung von Schattenbanken
- Reduktion des Verschuldungsgrads („deleveraging“) im Finanzsystem, besonders bei Banken
- Einführung von Beschränkungen für Spekulanten und spekulative Finanzinstrumente, insbesondere in den Rohstoffmärkten
- Überwachung europäischer Banken, die in Entwicklungsländern tätig sind
- Zulassung kluger Kapitalverkehrskontrollen in Freihandels- und Investitionsabkommen
- Kampf gegen Steuervermeidung und Steuervermeidung, Verstärkung der progressiven Vermögensbesteuerung
- Förderung innovativer Entwicklungsfinanzierung durch eine Finanztransaktionssteuer
- Verstärkte internationale Zusammenarbeit in Fragen von Wechselkursen, Handelsungleichgewichten und Kapitalflüssen
- Mehr Einfluss für die Entwicklungsländer im internationalen Entscheidungsfindungsprozess und bei der Aufsicht.

Bis zur Verwirklichung einer nachhaltigen Wirtschaft ist es noch ein langer Weg. Dennoch – angesichts der Bedeutung dieses Ziel ist es entscheidend, dass die EU sich nicht vor einer Führungsrolle drückt. Die jüngste Finanzkrise hat einen nie dagewesenen Willen zur Reform geboren. Diese Chance muss genutzt werden.

Allgemeine Quellen und weiterführende Literatur

Hier folgen einige allgemeine Quellen, mit denen die Debatte um die Finanzreformen verfolgt werden kann. Eine fortlaufende Aktualisierung bietet der alle zwei Monate erscheinende **Newsletter on Financial Reforms**, den man auf der SOMO-Website abonnieren kann

<http://somo.nl/dossiers-en/sectors/financial/eu-financial-reforms/newsletters/subscribe>
oder E-Mail an Myriam Vander Stichele: m.vanderstichele@somo.nl

Darüber hinaus gibt es verschiedene Mailing-Listen:

Zur Reform von Rohstoff-Spekulation und Derivatemärkten global: E-Mail an food-spec-strat+subscribe@googlegroups.com

Zur Reform von Rohstoff-Spekulation und Derivatemärkten in der EU: E-Mail an eu-food-spec+subscribe@googlegroups.com

Zur Finanztransaktionssteuer: E-Mail an transactions-tax+subscribe@googlegroups.com

Offizielle Webseiten:

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: <http://www.bis.org>

Europäischer Rat: <http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=&lang=en>

EU-Parlament: <http://www.europarl.europa.eu>

EU-Kommission: http://ec.europa.eu/index_en.htm

Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Board): <http://www.financialstabilityboard.org>

Internationaler Währungsfonds: <http://www.imf.org>

UNCTAD: <http://www.unctad.org>

Weltbank: <http://www.worldbank.org>

Mitglieder des Projekts "Ein globales Finanzsystem im Dienst nachhaltiger Entwicklung" ("Towards a Global Finance System at the Service of Sustainable Development"):

Association Internationale de Techniciens, Experts et Chercheurs (AITEC):
<http://aitec.reseau-ipam.org>

Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO): <http://somo.nl>

Glopolis: <http://www.glopolis.org>

New economics foundation (Nef): <http://www.neweconomics.org>

Védegylet: <http://www.vedegylet.hu>

Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED): <http://www.weed-online.org>

Andere NGOs, die zu Finanzreformen und Nachhaltigkeit arbeiten:

Bretton Woods Project: <http://www.brettonwoodsproject.org>

Campagna per la riforma della banca mondiale (CRBM): <http://www.crbm.org>

Corporate Europe Observatory (CEO): <http://www.corporateeurope.org>

Friends of the Earth: <http://www.foe.org>

Re-Define: <http://www.re-define.org>

World Development Movement (WDM): <http://www.wdm.org.uk>

Netzwerke und Kampagnen:

European Network on Debt and Development (EURODAD): <http://www.eurodad.org>

Europeans for Financial Reforms: <http://europeansforfinancialreform.org>

Make Finance Work: <http://www.makefinancework.org>

Regulate Finance for Development: <http://regulatefinancefordevelopment.org/homepage>

Rethinking Finance: <http://rethinkingfinance.org>

Seattle to Brussels Network: <http://www.s2bnetwork.org>

Tax Justice Network: <http://www.taxjustice.net>

Zu den Reformen in den USA:

Americans for Financial Reforms: <http://ourfinancialsecurity.org>

Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP): <http://www.iatp.org>

Commodity Futures and Trading Commission: <http://www.cftc.gov>

Perspektive der Entwicklungsländer:

Focus on the Global South: <http://www.focusweb.org>

Madhyam: <http://www.madhyam.org.in>

South Centre: <http://www.southcentre.org>

Third World Network: <http://www.twinside.org.sg>

